



Bundesministerium für Gesundheit, 53107 Bonn

Mitglieder des Deutschen Bundestages

Jens Spahn

Bundesminister

Mitglied des Deutschen Bundestages

HAUSANSCHRIFT Rochusstraße 1, 53123 Bonn

POSTANSCHRIFT 53107 Bonn

TEL

FAX

E-MAIL poststelle@bmg.bund.de

Bonn, 11. Januar 2021

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die aktuell schwierigste Phase der Pandemie in Deutschland bringt viel Leid, Härten und Entbehrungen für viele Menschen in unserem Land mit sich. Gleichzeitig ist das neue Jahr 2021 auch mit der begründeten Zuversicht verbunden, diese Pandemie Schritt für Schritt gemeinsam und erfolgreich zu überwinden.

Impfen ist dazu Schlüssel, Impfen ist der Weg heraus aus der Pandemie.

Am 27. Dezember 2020 konnten wir mit dem Impfen in Deutschland und der Europäischen Union gemeinsam starten. Wer hätte vor zwölf Monaten oder auch nur vor zwölf Wochen gedacht, dass so schnell wie nie in der Menschheitsgeschichte nach dem Auftreten eines neuen Virus ein entsprechender Impfstoff entwickelt wird und tatsächlich eingesetzt werden kann?

Nach den ersten zwei Wochen möchte ich Sie gerne über den aktuellen Stand der Impfkampagne in Deutschland informieren:

Nach der Zulassung des ersten Impfstoffes von BioNTech/Pfizer kurz vor Heiligabend hat die Europäische Kommission am 6. Januar auch den Impfstoff der Firma Moderna zugelassen. Die Geschwindigkeit, mit der diese Impfstoffe entwickelt werden konnten, ist historisch einmalig in

der Geschichte der Menschheit und ohne jeden Zweifel eine der herausragenden Errungenschaften in der Geschichte der Pharmazie. Es ist mit der zentralen Rolle des Mainzer Unternehmens BioNTech auch ein Meilenstein von Wissenschaft und Forschung in unserem Land. Angesichts des ungewöhnlich hohen Tempos bei der Entwicklung war und ist eine sorgfältige Prüfung besonders wichtig. Daher wurde entschieden, dass der Impfstoff – anders als beispielsweise im Vereinigten Königreich oder den USA – im ordentlichen Verfahren von der Europäischen Zulassungsbehörde (EMA) sorgfältig geprüft und zugelassen wird. Denn die Bürgerinnen und Bürger erwarten nicht nur schnell verfügbare, sondern vor allem auch wirksame und sichere Impfstoffe.

Betonen möchte ich auch eines: Deutschland gehört zu den Ländern auf der Welt, die nach dem aktuellen Stand der Dinge bereits jetzt darauf bauen können, im Verlauf dieses Jahres genug Corona-Impfstoff für die gesamte Bevölkerung haben. Diese Tatsache sollte uns Anlass zur Zuversicht geben. Denn gerade zu Beginn der Impfkampagne ist es angesichts begrenzter Produktionskapazitäten nicht überraschend, dass die weltweit extrem hohe Nachfrage das Angebot bei weitem übersteigt – im Übrigen unabhängig davon, ob die Bundesregierung oder die Europäischen Kommission entsprechende Verträge abschließen.

Wichtiger ist noch: Wir können die Pandemie nicht national alleine bewältigen. Die Grundsatzentscheidung, den europäischen Weg zu gehen, halte ich weiterhin für richtig. Frankreich und Deutschland beispielsweise hätten vermutlich auch alleine Verträge schließen können, da beide eine große Nachfrage auf dem Pharmamarkt entwickeln können – aber viele andere EU-Partner eben nicht. Nur was nutzt es uns, wenn wenige EU-Staaten impfen können, aber andere weiter voll von der Pandemie getroffen werden? Denn der freie Personenverkehr innerhalb der EU ist nicht nur ein hohes Gut an sich – wie wir alle immer wieder feststellen. Freier Personenverkehr und offener Binnenmarkt sind auch für unsere Wirtschaft und Gesellschaft von zentraler Bedeutung. Es geht um den freien Güterverkehr ebenso wie um die Einreise dringend benötigter Arbeitskräfte aus der EU – nicht zuletzt in Gesundheits- und Pflegeberufen. Umgekehrt ist die Vorstellung einer längeren Abkopplung Deutschlands vom Rest der EU angesichts der vielfältigen Verflechtungen schlicht unrealistisch. Der europäische Ansatz beim Impfen ist also mitnichten nur ein Gebot europäischer Solidarität; er ist in unserem ureigenen, wohlverstandenen deutschen Interesse.

Zudem wird die Frage, wie wir aus dieser Pandemie herauskommen, die Zusammenarbeit in Europa für die nächsten Jahre oder Jahrzehnte prägen. Wenn die osteuropäischen und südeuropäischen Länder keinen Impfstoff durch die EU bekommen hätten, hätten andere Länder durch die Lieferung „ihrer“ Impfstoffe ohne Zweifel einmal mehr die Chance zu nutzen versucht,

die EU zu spalten. Das dürfen wir nicht zulassen. Gemeinsam sind wir Europäer von der Pandemie betroffen, gemeinsam werden wir sie bezwingen.

Welche Rolle hatte und hat Deutschland bei der Impfstoffbeschaffung? Wir waren – gemeinsam mit drei Partnerländern – das erste EU-Mitglied, das sich bereits im letzten Frühjahr um die Impfstoffbeschaffung gekümmert hat. Aus dieser frühzeitigen Initiative entwickelte sich die gemeinsame Beschaffung von Impfstoffen für alle 27 Mitgliedstaaten durch die Europäische Kommission. Die Bundesregierung hat sich in diesem Prozess seit dem letzten Frühjahr engagiert eingebracht. So hat Deutschland zum Beispiel in den Verhandlungen die Abnahme von bis zu 100 Millionen Impfdosen von BioNTech/Pfizer garantiert, lange bevor klar war, wie wirksam dieser Impfstoff sein würde. Ohne das vorausschauende Engagement und die Abnahmezusage Deutschlands würde es den EU-Vertrag mit BioNTech/Pfizer so wohl nicht geben.

Wie ist der Stand der Lieferungen des Impfstoffs? Wie geplant und angekündigt, wurden bis Ende vergangenen Jahres 1,34 Millionen Impfstoffdosen bereits ausgeliefert. Diese ersten Lieferungen erfolgten am 26., 28., und 30. Dezember. Eine weitere Lieferung von ca 670.000 Dosen erfolgte am 8. Januar 2021. Weitere knapp 2 Millionen Dosen werden durch Teillieferungen am 18., 25. Januar sowie am 1. Februar 2021 folgen. Bis Ende Januar werden nach aktueller Planung also über 4 Millionen Impfstoffdosen von BioNTech/Pfizer verfügbar sein, bis Ende März etwa 10,1 Millionen Dosen. Die Anzahl der Dosen wird sich zudem durch die entsprechende Zulassungsänderung der Europäischen Kommission (KOM) vom 8. Januar 2021 erhöhen. Danach ist von der Zulassung mit sofortiger Wirkung umfasst, dass den sog. Vials sechs statt fünf Impfdosen entnommen werden.

Da vom Impfstoff der Firma Moderna bis Ende März 1,8 Millionen Dosen verfügbar sein werden, stehen im 1. Quartal wie geplant mindestens knapp zwölf Millionen Dosen der beiden bereits zugelassenen Impfstoffe für Deutschland zur Verfügung. Damit kann es gelingen, im 1. Quartal allen Impfwilligen in der ersten Priorisierungsgruppe (s.u.) ein Impfangebot zu machen.

Mit den Ländern führen wir seit Monaten mehrmals die Woche Planungsgespräche. Das betrifft sowohl die Ebene der Gesundheitsministerinnen und -minister als auch die Fachebene. Gemeinsam mit den Ländern wurde zudem frühzeitig einstimmig vereinbart, dass der Impfstoff entsprechend des jeweiligen Bevölkerungsanteils verteilt wird. Die Liefermengen und Lieferdaten waren und werden den Ländern schnellstmöglich bekannt gemacht. Wo ergänzende Fragen oder Unklarheiten auftauchen, unterstützen wir uns gegenseitig in eingespielten Strukturen, um einen gemeinsamen und aktuellen Informationsstand zu haben.

Ein wichtiger Faktor bei dem sensiblen Gut eines Impfstoffs ist selbstverständlich die Produktionsgeschwindigkeit und die notwendigen Qualitätskontrollen. BioNTech/Pfizer strebt eine Verdoppelung der Produktionskapazität an. Dazu dient dem Unternehmen insbesondere die

Übernahme und die Herrichtung eines Impfstoff-Werkes in Marburg. Das Bundesministerium für Gesundheit begleitet diesen Prozess seit August 2020. Dies ist übrigens die deutlich schnellere und realistischere Option als eine Lizenzproduktion. Das Land Hessen hat mit der zuständigen Aufsichtsbehörde gemeinsam den Weg für diese Produktionsstätte geebnet. Ziel ist ein Produktionsstart in Marburg im Februar.

Bis Ende März ist – Stand heute – mit der Zulassung weiterer Impfstoffe und in der Folge mit der Auslieferung weiterer Impfdosen zu rechnen. Allein von BioNTech/Pfizer und Moderna hat sich Deutschland bislang etwa 140 Millionen Impfstoffdosen für das Jahr 2021 gesichert. Allein diese Menge reichte aus, um Deutschland in diesem Jahr gut zu versorgen.

Der bei der EMA von AstraZeneca/Oxford Universität eingereichte Antrag auf Zulassung des Impfstoffes im sog. Rolling-Review Verfahren wird unter Beteiligung des Paul Ehrlich-Instituts (PEI) und anderen nationalen Arzneimittelbehörden aktuell mit Hochdruck geprüft und bewertet. Ziel ist es, zeitnah über den weiteren Weg zu und den Umfang einer Zulassung zu entscheiden. Zudem sind nach heutigem Stand Zulassungen für die Impfstoffe von Johnson&Johnson/Janssen und CureVac im Laufe des 1. und 2. Quartals 2021 erwartbar.

Bund und Länder haben auf der jüngsten Konferenz der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Bundesländer mit der Bundeskanzlerin am 5. Januar vereinbart, dass bis spätestens Mitte Februar allen Bewohnerinnen und Bewohnern von stationären Pflegeeinrichtungen in Deutschland ein Impfangebot gemacht werden soll. Dies ist nicht zuletzt wegen der hohen Fallzahlen und der schweren Verläufe im Bereich dieser Einrichtungen ein wichtiges erstes Zwischenziel der Impfkampagne. So schützen wir diejenigen, die besonders verletzlich sind.

Bund und Länder haben grundsätzlich ein gemeinsames Interesse, so rasch wie möglich möglichst vielen Bürgerinnen und Bürgern ein Impfangebot zu machen. Dafür haben wir einen gemeinsamen Plan, eine Nationale Impfstrategie, erarbeitet. Der Bund hat sich nicht nur bereit erklärt, verschiedene Impfstoffe zu beschaffen. Er übernimmt auch deren vollständige Finanzierung. Die Organisation der Impfungen obliegt – wie in jedem Pandemiefall – den Ländern, die die Schutzimpfungen zunächst in Impfbüros sowie durch mobile Impfteams in stationären Einrichtungen durchführen. Zu der Organisation gehören insbesondere auch die Vergabe von Impfterminen bzw. persönliche Einladungen zu den Impfungen. Hier gehen die Länder unterschiedlich vor. Bislang machen nur einige Länder von dem von der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV) gemeinsam mit dem BMG entwickelten Angebot eines Terminmanagements über die in der Bevölkerung bekannte Rufnummer 116 117 Gebrauch. Entgegen der einen oder anderen Meldung der vergangenen Tage gab und gibt es bei der Leitungskapazität dieser Rufnummer keine Engpässe. Richtig ist aber auch, dass bei der Weiterleitung in die Call-Center der Länder eine ausreichende Besetzung der gewährleistet sein muss. Fragen zum Impfen wurden über die Weihnachtsfeiertage und den Jahreswechsel direkt an die Hotline des

Bundes bzw. der Länder weitergeleitet. Teils unbefriedigende Situationen ergaben sich durch punktuell massiv erhöhte Anrufaufkommen, etwa nach Ankündigungen von kurzfristig verfügbaren Impfterminen. Der Bund ist bereit, als Auffanglösung den Ländern im Falle einer temporären Überlastung des eigenen Call-Centers das Call-Center des Bundes als Auffanglösung zur Verfügung zu stellen.

Seit dem 27. Dezember 2020 bis heute (Stand: 11.01.2021, 11:00 Uhr) wurden in Deutschland mehr als 613 347 Menschen geimpft. Zu beachten ist, dass das Impfen in den Pflegeheimen durch mobile Impfteams aktuell aufwändiger und langsamer ist. Sobald vollständig in den Impfzentren in eingespielten Prozessen geimpft werden kann, wird sich die Geschwindigkeit und das Tagesvolumen weiter erhöhen. Die Daten des sog. digitalen Impfquotenmonitorings sind tagesaktuell und differenziert nach Impf-Indikation und nach Bundesländern aufgeschlüsselt unter https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Daten/Impfquoten-Tab.html abrufbar. Wir werden die Darstellung und Nachvollziehbarkeit der Impfantwicklung weiter verbessern.

Die Pandemie kann durch die Impfungen beendet werden, wenn sich die überwiegende Mehrheit der Menschen in Deutschland impfen lässt. Daher ist es von entscheidender Bedeutung für den Impferfolg, dass die Bürgerinnen und Bürger auf Basis transparenter Entscheidungen und umfassender Informationen einer Impfung positiv gegenüberstehen. Dafür ist eine Aufklärung zu allen Aspekten der COVID-19-Impfung entscheidend. Dies leistet eine bundeseinheitliche Impfkampagne unter dem Titel „#DeutschlandkreppltdieÄrmelhoch“. Diese Kampagne soll zum Impfstoff und zur Impfung informieren und zur Impfung ermutigen und einladen.

Ein wesentlicher Aspekt dieser Impfkampagne ist es auch, die vor dem Hintergrund der anfangs knappen Impfstoffkapazitäten notwendige Priorisierung der Impfberechtigten deutlich zu machen. Der Deutsche Bundestag hat mit dem Dritten Gesetz zum Schutz der Bevölkerung bei einer festgestellten epidemischen Lage nationaler Tragweite (§ 20i SGB V) eine Vorentscheidung zur notwendigen Priorisierung getroffen, indem er die Verordnungsermächtigung zum Anspruch auf eine COVID-19-Schutzimpfung für das Bundesministerium für Gesundheit auf bestimmte Gruppen ausgerichtet hat. Dies umfasst Personen, die aufgrund ihres Alters oder Gesundheitszustandes ein signifikant erhöhtes Risiko für einen schweren oder tödlichen Krankheitsverlauf haben, Personen, die solche Personen behandeln, betreuen oder pflegen oder Personen, die in zentralen Bereichen der Daseinsvorsorge und für die Aufrechterhaltung zentraler staatlicher Funktionen eine Schlüsselstellung besitzen.

Mit der Verordnung zum Anspruch auf Schutzimpfung gegen das Coronavirus SARS-CoV-2 wurden diese Kriterien konkretisiert und die erforderliche Auswahlentscheidung darüber getroffen, wer zuerst geimpft werden soll. Das Bundesministerium für Gesundheit hatte die

Ständige Impfkommission beim Robert Koch-Institut (STIKO) gebeten, gemeinsam mit Expertinnen und Experten der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina und des Deutschen Ethikrates Kriterien für eine Priorisierung vorzuschlagen. Die STIKO hat zudem zum Entwurf der Rechtsverordnung Stellung genommen. Diese Stellungnahme wurde umfassend berücksichtigt. Insbesondere wurden die STIKO-Empfehlungen zur COVID-19-Impfung hinsichtlich der Priorisierungsentscheidungen zu Grunde gelegt.

Dieser mehrwöchige Prozess der Debatte in Parlament und Öffentlichkeit war notwendig, da uns allen von Anfang klar war, dass der Impfstoff zu Beginn knapp sein würde und daher priorisiert werden musste. Ich danke allen, die sich in dieser Debatte engagiert haben und engagieren.

Es geht um die größte Impfkampagne unserer der Geschichte. Der Start ist – allen berechtigten Hinweisen auf zu verbessernde Abläufe zum Trotz – ein Erfolg. 27 EU-Staaten beschaffen gemeinsam, 16 Bundesländer und die Kommunen führen die Impfungen durch, der Bund koordiniert. Das ist per se ein komplexer und herausfordernder Prozess. Aber gemeinsam entscheiden und dann vor Ort umsetzen, ist fast immer besser als der Versuch, alles zentral zu steuern.

Das Jahr 2021 kann das Jahr werden, in dem wir die Pandemie besiegen – in Deutschland, in Europa und weltweit. Dies ist Anlass zu Zuversicht.

Ich möchte Sie daher bitten, dass wir gemeinsam dafür werben und eintreten, dass die Bürgerinnen und Bürger diesen Weg gemeinsam mit uns gehen und sich in großer Zahl impfen lassen.

Anlagen:

